



**Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2003 bis 2007**

Vorlage 13/2360

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

Der Ausschuss nimmt einen Bericht der Präsidentin des Landesrechnungshofs entgegen und stimmt dem Einzelplan 13 unter dem Vorbehalt, dass die zweite Ergänzungsvorlage keine wesentlichen Änderungen aufweist, einstimmig zu.

\*\*\*\*\*

Ausschuss für Haushaltskontrolle

09.12.2003

34. Sitzung (öffentlicher Teil)

rt-ke

**Rüdiger Sagel (GRÜNE)** führt an, vor dem Hintergrund, dass gerade die FDP-Fraktion immer für eine Änderung der Vergaberichtlinien und Vergabepaxis eintrete, hätten ihn die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Jens Jordan (FDP) sehr verwundert.

**Dr. Jens Jordan (FDP)** betont, dass er aus Gründen des Wettbewerbs und der Gleichheit in diesem Bereich stets auf die Einhaltung der VOB und der VOL dränge. Selbstverständlich gebe es wie bei jeder anderen Fraktion auch die eine oder andere Anmerkung, dieses einer Überprüfung zu unterziehen. Solange es jedoch in dieser Art und Weise festgeschrieben sei, gebe es überhaupt nichts dagegen zu sagen.

**Manfred Palmen (CDU)** sagt, Grund für die Nachfragen seiner Fraktion sei, dass es bei einem Etat von 28 Millionen € innerhalb von zwei Jahren einen Verlust von 3,2 Millionen € gegeben habe.

Weitere Wortmeldungen ergeben sich nicht.

## **2 Gesetz über die Feststellung der Haushaltspläne des Landes Nordrhein-Westfalen für die Haushaltsjahre 2004/2005 (Haushaltsgesetz 2004/2005) und Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes**

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 13/4500 (Neudruck)

Vorlage 13/2370

Einzelplan 13

Landesrechnungshof NRW

In Verbindung damit:

### **Mittelfristige Finanzplanung (MFP) des Landes Nordrhein-Westfalen für die Jahre 2003 bis 2007**

Vorlage 13/2360

- Abstimmung gemäß Vereinbarung der Fraktionen

**Vorsitzender Rolf Seel (CDU)** teilt mit, es liege der Bericht der Präsidentin des Landesrechnungshofs vor. Man habe sich bereits in der letzten Sitzung des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses des Einzelplanes 13 angenommen. Wesentliches Kriterium seien die 25 Planstellen gewesen, die im Rahmen der Arbeitszeitverlängerung von 38 ½ auf 41 Stunden eingespart werden müssten. Diese Einsparung sei auf fünf Jahre aufgeteilt. Er gehe davon aus, dass dies im Berichterstattergespräch abgestimmt werde. In diesem Jahr gebe es ja die Zustimmung des Präsidenten des Landtages, dass wegen der Kürze der Zeit die Berichterstattergespräche nicht vor den Fachausschussberatungen stattfinden müssten. Er gehe davon aus, dass der Landesrechnungshof von der zweiten Ergänzungsvorlage nicht betroffen sein werde, sodass heute über den Einzelplan 13 abschließend beraten werden könne.

**Präsidentin Scholle (LRH) trägt vor:**

Zunächst möchte ich feststellen, dass wir mit dem Finanzministerium einvernehmlich die Beratungen abschließen konnten. Unser Haushalt ist gegenüber anderen Ressorts atypisch, weil wir fast 90 % Personalkosten und Sachkosten, z. B. Miet- und Reisekosten, haben, bei denen wir keine Abstriche machen können. Der Restbereich ist die IT-Beschaffung, was ebenfalls für unsere Arbeit erforderlich ist.

Im Jahre 2004 wird es im Vergleich zu 2003 einen Rückgang um 0,01 % und im Jahre 2005 eine Steigerung um 1,3 % geben. Wir haben also eine äußerste Sparsamkeit an den Tag gelegt. Wir können leider keine weiteren Kürzungen vornehmen, um nicht unsere Arbeit, die ja fast das vierfache an kassenwirksamen Dingen erbringt, was unsere Personalkosten ausmachen, zu beeinträchtigen, es sei denn, es gibt eine prüferische Rücknahme.

Wir haben natürlich bei der Haushaltsaufstellung die Erhöhung der Arbeitszeit berücksichtigt. Das hat für uns den Verlust von 25 Stellen einschließlich des AZV-Tages zur Folge. Um das umsetzbar zu machen, ist eine Staffelung notwendig. Wir sind an sich der Auffassung, dass wir mehr Personal benötigen, aber angesichts der gesamten Haushaltssituation ist es nicht vertretbar, dass sich der Landesrechnungshof dieser Entwicklung ausnimmt.

**Vorsitzender Rolf Seel** teilt mit, dass es in der letzten Sitzung des Unterausschusses „Personal“ des Haushalts- und Finanzausschusses eine Diskussion darüber gegeben habe, dass der Landesrechnungshof die einzige Behörde sei, die sich bei der Personalkostenbudgetierung ausschließe. Auch in dieser Sitzung sei ausgeführt worden, dass das Problem darin bestehe, dass die Personalkosten 90 % der Ausgaben ausmachten. Das Argument, dass in der Sitzung des Unterausschusses "Personal" vorgetragen worden sei, gelte für ihn nicht. Es könne nicht sein, dass das Kabinett beschließe, dass Personalkosten budgetiert werden, und der Landesrechnungshof springe. Dies vertrage sich nicht mit dem Status des Landesrechnungshofs. Nichtsdestotrotz sollte darüber nachgedacht werden, in die Personalkostenbudgetierung einzusteigen. Er sei zuversichtlich - so habe er die Abgeordnete Edith Müller (GRÜNE) bei der Sitzung des Unterausschusses "Personal" auch verstanden -, dass ins Haushaltsgesetz eine Ausnahme für den Landesrechnungshof aufgenommen würde.

**Dr. Jens Jordan (FDP)** unterstützt die Ausführungen des Vorsitzenden. Der Satz „Die Einsparung von insgesamt 25 Stellen in den nächsten fünf Jahren bedeutet allerdings auch den Verzicht auf zusätzliche Prüfungskapazitäten“ müsse nach seinem Dafürhalten jedes Mitglied dieses Ausschusses elektrisieren, denn dies schlage auf die Kontrollmöglichkeiten durch. - Die Frage des Abgeordneten, ob es sich um kw-Vermerke handele, bejaht **Präsidentin Scholle (LRH)**.

Auf weitere Fragen von **Dr. Jens Jordan (FDP)** antwortet **Präsidentin Scholle (LRH)**:

Die Beschaffung von IT-Geräten ist nicht von Jahr zu Jahr statisch, sondern es ist immer wieder eine neue Generation von IT erforderlich. Von daher ergibt sich

auch die Schwankungsbreite, die Sie in unseren Haushalten, was IT angeht, vorfinden.

Selbstverständlich würden wir gerne mehr Finanzmittel zur Verfügung gestellt bekommen. Aber auch wir müssen uns auf das dringend Notwendigste beschränken, was wir auch getan haben.

**Michael Breuer (CDU)** unterstützt im Namen der CDU-Fraktion ausdrücklich die Ausführungen des Vorsitzenden.

Der **Ausschuss** stimmt dem Einzelplan 13 unter dem Vorbehalt, dass die zweite Ergänzungsvorlage keine wesentlichen Änderungen aufweist, einstimmig zu.

gez. R. Seel

Vorsitzender

ke/11.12.2003/17.12.2003

235